

ASSE EINBLICKE

NR. 13

MAI 2011

INFORMATIONEN ÜBER EIN ENDLAGER



WEGBEREITUNG: MIT EINER FRÄSE WIRD DER ZUGANG ZUR EINLAGERUNGSKAMMER 7 IN 750 METERN TIEFE VERBREITERT
FOTO: UWE HILDEBRANDT/BRAUNSCHWEIGER ZEITUNG

Gemeinsam tragen wir Verantwortung

VON DR. NORBERT RÖTTGEN, DAVID MCALLISTER UND WOLFRAM KÖNIG

Die bedrückenden Nachrichten über die Reaktorkatastrophe in Japan haben die Frage der Nutzung der Kernenergie wieder ins Zentrum der politischen und gesellschaftlichen Diskussion gestellt. Es gibt einen breiten Konsens, noch schneller als bisher angestrebt, die Energiewende – weg von der Kernenergie und hin zu erneuerbaren Energien und zu effizienter Nutzung von Energie – zu beschleunigen. Wir würden es sehr begrüßen, wenn auch die Frage der Zwischen- und Endlagerung von hochradioaktiven Abfällen Teil eines Energiekonsenses werden könnte.

Welch gewaltige Aufgabe bei der sicheren Lagerung radioaktiver Abfälle vor uns liegt, zeigt die Schachanlage Asse II. Im Falle dieser Anlage haben wir schon seit Langem eine Hinterlassenschaft, die nicht nur den Bewohnern der umliegenden Gemeinden große Sorgen bereitet. Die Abfälle stellen uns alle vor die Frage, wie wir dort die Sicherheit dauerhaft gewährleisten können und welche Konsequenzen wir aus den Fehlern im Umgang mit der Asse für die Endlagerung insgesamt ziehen müssen.

In einem intensiven Prozess der Abwägung von Risiken wurden im letzten Jahr die Weichen für die Rückholung des radioaktiven Abfalls aus der Schachanlage Asse gestellt. Ob dieser Weg tatsächlich technisch gehbar und sicherheitstechnisch verantwortbar ist, wird in der jetzigen Probephase erkundet. Die Vorbereitungen für die erste Probebohrung in eine Kammer mit radioaktiven Fässern laufen derzeit. Der kritische Zustand der Schachanlage darf dabei jedoch nicht vergessen werden.

Gemeinsam müssen deshalb das Bundesumweltministerium, das Bundesamt für Strahlenschutz und das Land Niedersachsen dafür sorgen, dass die Arbeiten zur Faktenerhebung zügig, konstruktiv und unter Beachtung der Sicherheit von Menschen und Umwelt vorangehen. Mit der inzwischen erteilten Genehmigung für das Anbohren der Einlagerungskammern 7 und 12 sind die Voraussetzungen für den ersten von drei Schritten geschaffen worden. Danach sollen die Kammern geöffnet und Abfälle probeweise geborgen werden. Das Land Niedersachsen trägt dabei die Verantwortung als atom- und bergrechtliche Genehmigungsinstanz sowie für die bergrechtliche Aufsicht. Das Bundesamt für Strahlenschutz gewährleistet als Betreiber die fachliche und technische Umsetzung der Bergung unter Berücksichtigung aller Aspekte des Strahlenschutzes.

Es wird ein langer Weg sein, die Abfälle sicher zurückzuholen. Dies zeigen

schon jetzt die intensiven Planungsarbeiten des Bundesamtes für Strahlenschutz. Doch was nun Zeit kostet, kann in Zukunft helfen, dieses weltweit einzigartige Projekt umso reibungsloser umzusetzen. Wichtig ist uns, dass sämtliche Schritte technisch und genehmigungsrechtlich abgesichert sind.

Während die Rückholung vorbereitet wird, muss das Salzbergwerk parallel so stabilisiert werden, dass tatsächlich genügend Zeit bleibt, die Fässer sicher zu bergen. Oberstes Gebot ist und bleibt, dass bei allen Schritten die Sicherheit von Mensch und Umwelt zu keiner Zeit gefährdet wird. Allzu leicht geraten angesichts der Hoffnungen auf eine rasche Lösung die technischen Herausforderungen in Vergessenheit. Die Rückholung setzt voraus, dass es gelingt, aus einem Salzstock, der vom alten Betreiber faktisch schon aufgegeben war, eine Anlage zu machen, die den hohen Sicherheitsanforderungen des Atomrechts genügt. Eine weitere Voraussetzung ist eine Notfallplanung, die es ermöglicht, einen ausreichenden Schutz von Mensch und Umwelt für den Fall sicherzustellen, dass die Lösungszutritte in die Schachanlage nicht mehr kontrollierbar sind.

Deutlicher als in der Vergangenheit ist mittlerweile allen Verantwortlichen bewusst geworden, dass eine sichere Lösung für die Schachanlage Asse II nur realisiert werden kann, wenn die Menschen vor Ort diese Lösung unterstützen. Hierzu gehört auch zu akzeptieren, dass die herausgeholten Abfälle für eine gewisse Zeit in einem Zwischenlager gelagert werden müssen. Die Arbeit der Asse-II-Begleitgruppe wird deshalb auch in Zukunft vom Bundesumweltministerium, dem Bundesamt für Strahlenschutz und dem Niedersächsischen Ministerium für Umwelt und Klimaschutz unterstützt werden.

Wir stellen uns gemeinsam der Aufgabe, die Asse sicher stillzulegen.



Dr. Norbert Röttgen
ist Bundesminister für Umwelt, Naturschutz und Reaktorsicherheit



David McAllister
ist Niedersächsischer Ministerpräsident



Wolfram König
ist Präsident des Bundesamtes für Strahlenschutz

AUF DEM PRÜFSTAND

Nach der erteilten Genehmigung gilt es, die Auflagen des Landesumweltministeriums zu erfüllen

Im Oktober letzten Jahres erreichte das niedersächsische Umweltministerium ein umfangreiches Konvolut: Rund 1.000 Seiten umfasste der Antrag des Bundesamtes für Strahlenschutz (BfS), der für eine Genehmigung zum Anbohren von zwei repräsentativen Kammern mit radioaktivem Abfall gestellt wurde. Seit dem 21. April liegt nun die Genehmigung vor. „Mit diesem Startschuss für die Faktenerhebung werden die Randbedingungen erkundet, unter denen eine sichere Rückholung der in der Asse eingelagerten radioaktiven Abfälle erfolgen kann“, so der niedersächsische Umweltminister Hans-Heinrich Sander. Die rund hundertseitige Genehmigung beinhaltet insgesamt 32 Auflagen, mit denen dem BfS als Betreiber vielfältige Aufgaben der Planung, Prüfung und Überwachung zugewiesen werden. Die Aufgaben müssen zusätzlich zu den zahlreichen Teilprojekten umgesetzt werden, die das BfS im Rahmen der Rückholung bearbeiten muss (siehe Infografik). Erst dann können die Bohrarbeiten an der Kammer 7 auf der 750-Meter-Sohle beginnen. Derzeit berechnet das BfS den Planungs- und Zeitbedarf, der benötigt wird, um alle Auflagen abzarbeiten.

Durch das Anbohren der beiden Einlagerungskammern will sich das BfS einen Überblick über das Innere der Kammern verschaffen. Kameras sollen den Zustand der Fässer dokumentieren, Sonden die Zusammensetzung der Raumluft untersuchen, in der unter anderem die Ansammlung brennbarer oder explosiver Gase möglich ist. Hohe Konzentrationen radioaktiver Gase wie z. B. Tritium oder Radon werden in jedem Fall erwartet.

Das BfS wird die Ergebnisse, die beim Anbohren der Kammern erzielt werden, anhand vorher festgelegter Kriterien in den Bereichen Strahlenschutz, technische Machbarkeit und bergbauliche Sicherheit bewerten. Anschließend sollen im zweiten Schritt der Probephase die beiden Einlagerungskammern geöffnet und im dritten Schritt erste Abfallfässer probeweise geborgen werden.

Dass mit dem Anbohren von zwei Kammern mit Atom Müll Neuland betreten und Pionierarbeit geleistet wird, ist allen Beteiligten bewusst. Sie haben sich gegenseitig versichert, gemeinsam alle Möglichkeiten auszuschöpfen, um eine Beschleunigung des Verfahrens zu erreichen.

PROBEPHASE (FAKTERERHEBUNG)
Hierbei sollen die noch bestehenden Unsicherheiten bei der Rückholung der Abfälle ausgeräumt werden. Als erster Schritt erfolgt das Anbohren der Einlagerungskammern 7 und 12. Hierbei soll ein Eindruck vom Zustand der Abfälle und der Abfallkammern gewonnen werden. Dafür musste zuvor eine Genehmigung eingeholt werden. Die Auflagen der Genehmigungsbehörden müssen erfüllt, die Bohr- und Sicherheitstechniken erprobt und die Mitarbeiter auch für Betriebsstörungen geschult werden. Im zweiten Schritt der Probephase werden die Kammern dann geöffnet und anschließend im dritten Schritt erste Fässer geborgen. Die Ergebnisse der Probephase entscheiden über das weitere Vorgehen.

MODERNISIERUNG/ ERNEUERUNG SCHACHTFÖRDERANLAGE
Die Förderanlage im Schacht 2 soll für die Rückholung modernisiert und an die Vorgaben des Strahlenschutzes angepasst werden.

VORSORGEMASSNAHMEN/NOTFALLPLANUNG
Im Rahmen der Vorsorgemaßnahmen werden nicht mehr benötigte Hohlräume im Bergwerk verfüllt und ausgewählte Grubenbereiche abgedichtet. Die Stabilisierung des Grubengebäudes soll einem unkontrollierten Volllaufen des Bergwerks mit Wasser entgegenwirken. Für diesen Notfall müssen auch die notwendigen Vorkehrungen getroffen sein, um die Schächte und die Einlagerungskammern schnell zu verschließen und in das Bergwerk eine magnesiumchloridhaltige Lösung einzuleiten. So soll im Falle eines Absaufens des Bergwerks eine Minimierung der radiologischen Auswirkungen erreicht werden.

STABILISIERUNGSMASSNAHMEN/ FIRSTSPALTVERFÜLLUNG
Auch in den ehemaligen, mit Salz verfüllten Abbaukammern gibt es unter den Decken noch Hohlräume – die sogenannten Firstspalte. Diese und die bestehenden Blindschächte werden verfüllt, um der anhaltenden Verformung des Grubengebäudes entgegenzuwirken. Die Maßnahmen sind Teil der Vorsorgemaßnahmen und damit wichtige Voraussetzungen für die Rückholung der Abfälle.

SCHACHT 5
Der Transport der geborgenen Abfallgebinde erfolgt über einen neuen Schacht. Dadurch kann die Rückholung sicherer und deutlich schneller durchgeführt werden. Der bestehende zweite Schacht ist für die Rückholung aufgrund seiner geringen Kapazität nicht geeignet.

ZWISCHENLAGER/ KONDITIONIERUNG
Vor dem Transport in das Zielendlager müssen die zurückgeholten Abfälle zunächst für den Weitertransport bearbeitet (konditioniert), verpackt und anschließend zwischengelagert werden. Der Standort der dafür erforderlichen Gebäude hängt u.a. davon ab, wo der Schacht 5 gebaut wird, da der Transport nur auf dem Betriebsgelände erfolgen soll.

RÜCKHOLUNG 511-METER-SOHL
In der Einlagerungskammer 8a auf der 511-Meter-Sohle lagern ausschließlich mittelradioaktive Abfälle. Es handelt sich um etwa 1.300 Fässer.

RÜCKHOLUNG 725/750-METER-SOHL
In den zwölf Einlagerungskammern auf der 725-Meter- und der 750-Meter-Sohle befinden sich etwa 125.000 Fässer, die als schwachradioaktiver Abfall eingelagert wurden.

STILLEGUNG
Das Endlager Asse wird gemäß einem Planfeststellungsbeschluss stillgelegt. Anschließend werden die Tagesanlagen zurückgebaut.

ZIELENDLAGER
Die rückgeholten Abfälle müssen nach der Konditionierung und Verpackung endgelagert werden. Bis über das Zielendlager entschieden ist, bleiben die Abfälle im überirdischen Zwischenlager.

INVENTARBERICHT
Die radioaktiven und chemotoxischen Stoffe, die in der Schachanlage Asse II eingelagert wurden, werden so genau wie möglich erfasst. Verbleibende Unsicherheiten müssen konservativ abgeschätzt werden.

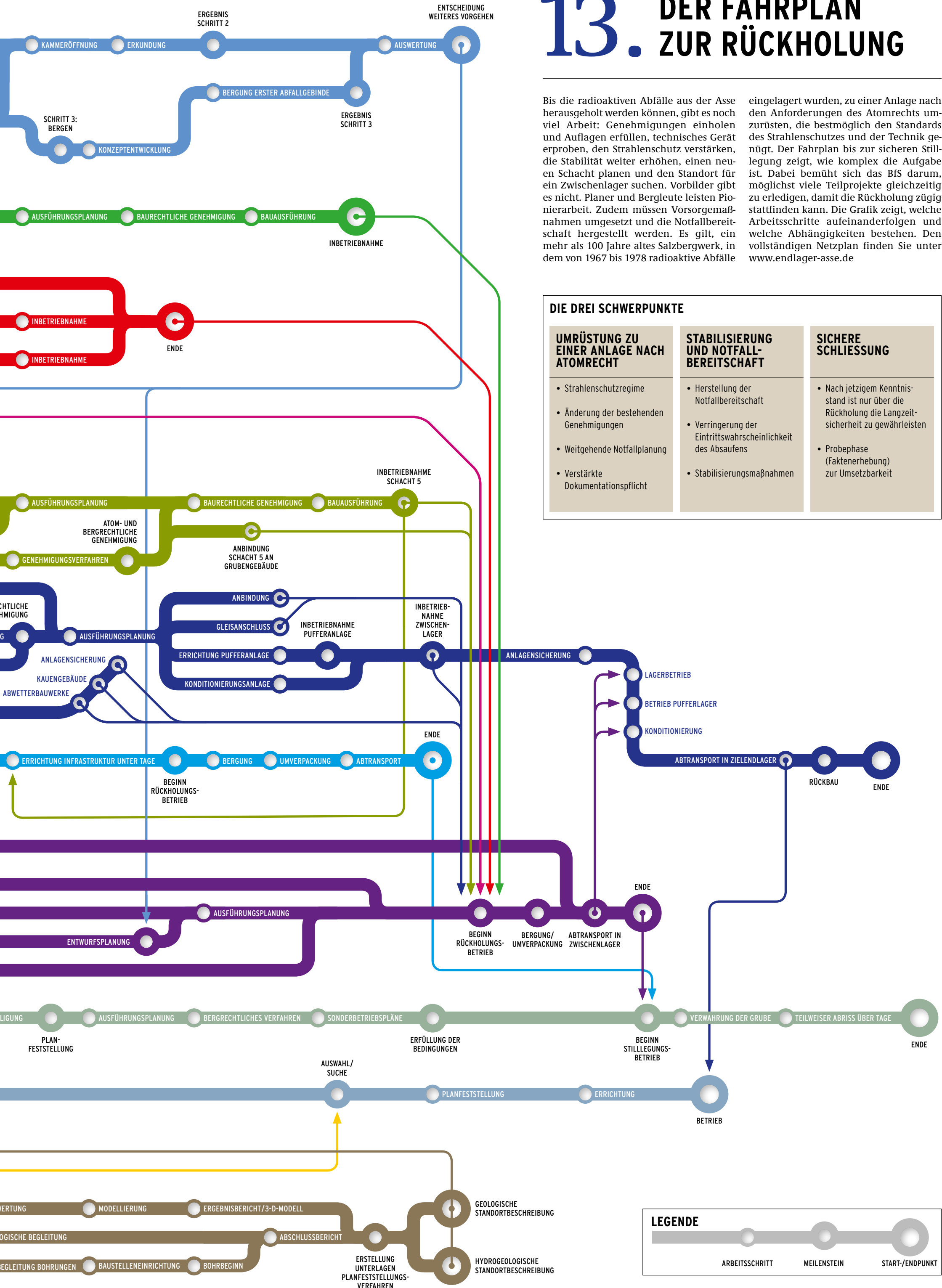
STANDORTERKUNDUNGEN
Eine geologische und hydrogeologische Standortbeschreibung ist eine wesentliche Voraussetzung für das Planfeststellungsverfahren zur Stilllegung der Schachanlage Asse II.



13. DER FAHRPLAN ZUR RÜCKHOLUNG

Bis die radioaktiven Abfälle aus der Asse herausgeholt werden können, gibt es noch viel Arbeit: Genehmigungen einholen und Auflagen erfüllen, technisches Gerät erproben, den Strahlenschutz verstärken, die Stabilität weiter erhöhen, einen neuen Schacht planen und den Standort für ein Zwischenlager suchen. Vorbilder gibt es nicht. Planer und Bergleute leisten Pionierarbeit. Zudem müssen Vorsorgemaßnahmen umgesetzt und die Notfallbereitschaft hergestellt werden. Es gilt, ein mehr als 100 Jahre altes Salzbergwerk, in dem von 1967 bis 1978 radioaktive Abfälle eingelagert wurden, zu einer Anlage nach den Anforderungen des Atomrechts umzurüsten, die bestmöglich den Standards des Strahlenschutzes und der Technik genügt. Der Fahrplan bis zur sicheren Stilllegung zeigt, wie komplex die Aufgabe ist. Dabei bemüht sich das BfS darum, möglichst viele Teilprojekte gleichzeitig zu erledigen, damit die Rückholung zügig stattfinden kann. Die Grafik zeigt, welche Arbeitsschritte aufeinanderfolgen und welche Abhängigkeiten bestehen. Den vollständigen Netzplan finden Sie unter www.endlager-asse.de

DIE DREI SCHWERPUNKTE		
UMRÜSTUNG ZU EINER ANLAGE NACH ATOMRECHT	STABILISIERUNG UND NOTFALLBEREITSCHAFT	SICHERE SCHLIESSUNG
- Strahlenschutzregime - Änderung der bestehenden Genehmigungen - Weitgehende Notfallplanung - Verstärkte Dokumentationspflicht	- Herstellung der Notfallbereitschaft - Verringerung der Eintrittswahrscheinlichkeit des Absaufens - Stabilisierungsmaßnahmen	- Nach jetzigem Kenntnisstand ist nur über die Rückholung die Langzeitsicherheit zu gewährleisten - Probephase (Faktenerhebung) zur Umsetzbarkeit



VON TSCHERNOBYL LERNEN

Ausgelöst durch die Reaktorkatastrophe in der Ukraine betreibt das BfS ein engmaschiges Messnetz. Die Erfahrung bei der Kontrolle der Umwelt kommt den Menschen in Deutschland beim Unglück von Fukushima nun zugute. Auch die Umgebungsüberwachung der Asse gehört zur möglichst umfassenden Risikoabschätzung

VON DAGMAR DEHMER



WENN IN DER WIEDERAUFBEREITUNGSANLAGE IM FRANZÖSISCHEN LA HAGUE BRENNSTÄBE AUFGESCHNITTEN WERDEN, IST ES AUF DEM FREIBURGER HAUSBERG, DEM SCHAUINSLAND, MESSBAR. FOTO: ROLF HAID/DPA

Diesmal ist alles anders als vor 25 Jahren. Der Fachbereichsleiter Strahlenschutz und Umwelt des Bundesamts für Strahlenschutz (BfS), Professor Gerald Kirchner, sagt im Rückblick: „Tschernobyl hat das Land ziemlich unvorbereitet getroffen.“ Am 26. April 1986 explodierte Block vier des Atomkraftwerks Tschernobyl nicht weit von Kiew in der damaligen Sowjetunion. Dass dabei und beim anschließenden zehntägigen Brand des Reaktors gewaltige Mengen Radioaktivität frei wurden, hatten zuerst die Mitarbeiter des schwedischen Atomkraftwerks Forsmark bemerkt – die zunächst dachten, ihr eigener Meiler habe Radioaktivität freigesetzt.

Damals gab es in ganz Europa kaum Messstationen, nur in der Nähe von Atomkraftwerken wurde überhaupt gemessen. Daher konnte man die Folgen des Unglücks auch in Deutschland nicht sofort einschätzen. Die Bundesländer erließen unkoordiniert und schlecht beraten ganz verschiedene Grenzwerte für die radioaktive Belastung von Lebensmitteln – gemessen in Becquerel. In der Öffentlichkeit kamen viele Fragen auf, die unbeantwortet blieben, und schließlich glaubte in Westdeutschland bald fast niemand mehr Behörden oder Regierungsstellen, wenn es um die Folgen der Atomkatastrophe ging.

Diesmal ist es anders. Seit am 11. März der Tsunami nach dem gewaltigen Erdbeben vor Japan die Kühlsysteme von drei Atomkraftwerken und mehreren Brennelementebecken in Fukushima 1 außer Betrieb setzte, stand das Info-Telefon des BfS kaum noch still. Etwa 100 Anrufe

pro Tag gingen in den ersten zwei Wochen nach der Katastrophe ein. Unzählige besorgte Bürger stellten zudem Fragen per E-Mail. Auf die Homepage der Behörde habe es täglich rund eine Million Zugriffe gegeben, so Jörg Kaschubowski, Leiter des Präsidialbereichs des BfS. Am Montag nach dem Unglück in Japan brach die Homepage schließlich mehrmals für einige Minuten zusammen, „die Kapazität konnte aber glücklicherweise schnell erweitert werden“, sagt Kaschubowski.

HEUTE KANN MAN DEN WEG DER RADIOAKTIVITÄT NACH EUROPA GENAU BESCHREIBEN

Dass das BfS inzwischen eine glaubwürdige Informationsquelle für die Bürger ist, diese Erfahrung hat in den Tagen nach Fukushima auch Ingo Bautz gemacht, der die Infostelle am Endlager Asse in Remlingen leitet. Die Atomkatastrophe in Japan hat bei vielen Menschen Erinnerungen an Tschernobyl geweckt. Bautz erzählt von einem Mann, der am 2. April, als das Infomobil des BfS gerade Station in Wolfenbüttel machte, wissen wollte, ob er denn Salat aussäen könne. Nach Tschernobyl wurde in Süddeutschland schließlich eine ganze Salaternte untergepflügt, weil Teile der radioaktiven Wolke aus der Ukraine abgeregnet worden waren und die Blätter radioaktives Jod-131 und Cäsium-137 aufgenommen hatten. Diesmal konnte ihn Ingo Bautz beruhigen: Japan ist einfach zu weit weg, als dass die Radioaktivität für Deutschland gefährlich werden könnte. Der Salat ist sicher.

Dennoch kamen Spuren der Radioaktivität bereits zwei Wochen nach Beginn der Atomkatastrophe in Fukushima auch in Deutschland an – sie konnten auf dem Freiburger Hausberg, dem Schauinsland, gemessen werden. Dort beteiligt sich die Bundesrepublik an einem weltweiten Messnetz der Vereinten Nationen: Die „CTBTO“ (Comprehensive Nuclear Test Ban Treaty Organization) wurde zur Überwachung des Verbots von Kernwaffentests gegründet. Viele der weltweiten Messstellen dieses Überwachungsnetzes veröffentlichten die Daten über die Ausbreitung der radioaktiven Wolke aus Fukushima. Und die Organisation unterstützte

Japan, indem sie diese Daten zur Verfügung stellte. Durch das CTBTO-Messnetz kann man den Weg der Radioaktivität ziemlich genau beschreiben: Von Fukushima wurde die Strahlung auf den Pazifik hinausgetragen, weil der Wind wochenlang für die Betroffenen vor Ort relativ günstig nach Osten blies. Schon nach wenigen Tagen wurden die ersten radioaktiven Isotope an der Westküste der USA registriert. Von dort breiteten sie sich weiter über Kanada nach Island aus. Dort erfasste sie eine Windströmung, die nach Süden und Europa wies. So wurden radioaktive Partikel aus Fukushima schließlich von den Messgeräten auf dem Schauinsland nachgewiesen. Bei einer solch großen Entfernung und angesichts der immensen Luftmassen wird die Radioaktivität „stark verdünnt“, wie die Radiologie-Fachleute den Prozess der Verringerung der Aktivität nennen. In Europa kamen deshalb nur feinste Spuren der in Japan freigesetzten Strahlung an.

Über die Messstation auf dem Schauinsland hinaus betreibt das BfS ein bundesweites, feinmaschiges Messnetz: 1.800 Messsonden ermitteln alle paar Minuten die Ortsdosisleistung, also die Radioaktivität, die beim Menschen ankommt. Diese Werte können im Internet mit einer geringen Zeitverzögerung jederzeit abgerufen werden. Wenn die Werte tatsächlich einmal erhöht sind, gibt es darüber hinaus besonders empfindliche Messgeräte, mit denen auch ermittelt werden kann, welche radioaktive Substanz dafür verantwortlich ist.

Die Radioaktivitätsmessungen werden beim BfS in der Zweigstelle im Berliner Stadtteil Karlshorst gesammelt – ausgerechnet an jenem Ort, wo in der DDR 1986 verhindert wurde, dass die Bürger irgendetwas über die Katastrophe in Tschernobyl erfahren. Das Selbstverständnis der Behörde ist heute ein anderes. „Ein Leitsatz des BfS lautet: Wir haben nichts zu verbergen. Im Gegenteil: Die Bürger haben ein berechtigtes Interesse an Informationen“, stellt Präsidialbereichsleiter Kaschubowski fest. Deshalb werden die Messwerte veröffentlicht und eingeordnet, insbesondere hinsichtlich der Frage nach gesundheitlichen Auswirkungen.

Das Gebot der Transparenz gilt auch an der Asse: Das BfS ist dafür zuständig, Messwerte aus

der Umgebungsüberwachung des Endlagers öffentlich zugänglich zu machen. Ingo Bautz von der Infostelle fühlt sich dafür verantwortlich, dass die Bevölkerung vor Ort diese Messwerte sinnvoll interpretieren kann. Wenige Tage vor Fukushima organisierte das BfS eine Informationsveranstaltung in Wolfenbüttel, bei der es darum ging, das System der Umgebungsüberwachung rund um das Endlager Asse zu erklären. Etwa 230 interessierte Bürgerinnen und Bürger konnten dabei erfahren, wie die Strahlung berechnet wird, wie der betriebliche Strahlenschutz in der Asse funktioniert, und wer die Messungen überhaupt ausführt. Nach Fukushima zeigte sich: Die Wolfenbütteler Veranstaltung war eine optimale Vorbereitung auf die Katastrophe.

DEN JAPANERN WURDE UNTERSTÜTZUNG ANGEBOTEN

Vom Know-how des BfS hätten auch die japanischen Stellen profitieren können. Doch Professor Wolfgang Weiss, Fachbereichsleiter Strahlenschutz und Gesundheit des BfS in München, stellte schon in den Tagen nach der Katastrophe fest, dass sich die Japaner ungern helfen lassen wollten. Auf seine bewusst zurückhaltenden Mails an die dortigen Kolleginnen und Kollegen erhielt er zunächst nur knappe Antworten. Das BfS machte dieselbe Erfahrung wie andere deutsche Kompetenzzentren, die den japanischen Behörden oder der Betreiberfirma der havarierten Atomkraftwerke in Fukushima, Tokyo Electric Power Company (Tepco), Hilfe angeboten haben: Sie wurde nicht in Anspruch genommen. Auch der „Kerntechnische Hilfszug“, ein Unternehmen, das über Roboter verfügt, die in einem solchen Notfall das Risiko für die Belegschaft mindern könnten, hat seine Technik vergeblich offeriert. Ebenso wenig wurden Messgeräte und das zugehörige Personal des BfS angefordert. Dennoch boten die Fachleute weiterhin auf offiziellen und inoffiziellen Wegen fachlichen Rat und konkrete Unterstützung an. Nach etwa zehn Tagen hätten sich die Kollegen in Japan „sortiert“, sagt Wolfgang Weiss. Seither laufe der Austausch viel intensiver. So gibt er nun regelmäßig die Daten der Prognoseinstrumente weiter, die das BfS nach dem Schock von Tschernobyl aufgebaut hat. „Wir können relativ gut verstehen, was passiert.“

Große Wissenslücken gibt es allerdings, was die Ausbreitung der Radioaktivität im Pazifik angeht. Kaum Daten gibt es zum Beispiel über die Ausbreitung der Radioaktivität in den belasteten Abwässern, die vom Atomkomplex im britischen Sellafield jahrzehntelang in die Irische See geleitet worden sind. Derzeit könne daher niemand abschätzen, wie sich die Strahlung im Pazifik ausbreiten wird. Aber möglicherweise wird dies noch bekannt werden, denn die Vereinten Nationen verfügen über einen wissenschaftlichen Beirat, der den Auswirkungen von Radioaktivität (UNSCEAR) nachgeht. Dort ist auch das internationale Komitee für den Schutz vor radioaktiver Strahlung angesiedelt. UNSCEAR will die durch die Atomkatastrophe in Fukushima ausgelöste Strahlenbelastung genau untersuchen.

Wenn Strahlenschutzler Weiss den Bogen von Tschernobyl nach Fukushima schlägt, sagt er: „Vertrauen ist ein Kapital, das in Friedenszeiten aufgebaut werden muss.“ Und weil das relativ gut funktioniert hat, haben nach Fukushima zahlreiche Asienreisende beim BfS nachgefragt, ob es gefährlich wäre, ihre geplante Reise anzutreten. Rund 200 Rückkehrer aus Japan haben bundesweit das Angebot angenommen, sich auf Radioaktivität untersuchen zu lassen. Das BfS in Berlin verfügt über einen Ganzkörperscanner, der dabei eingesetzt wurde. Besorgte Bürger haben gefragt, ob sie noch Sushi essen dürfen, und ob es gefährlich ist, einen Toyota oder einen japanischen DVD-Player zu kaufen. Das BfS hat alle Fragen beantwortet. Und wenn die Fachleute keine Antwort wussten, haben sie das offen zugegeben. Das ist wirklich ganz anders als vor 25 Jahren.

DAGMAR DEHMER IST REDAKTEURIN BEIM BERLINER TAGESSPIEGEL

IMPRESSUM

ASSE Einblicke Informationsschrift zum Endlager Asse II

Herausgeber: Bundesamt für Strahlenschutz (BfS)

V.i.s.d.P.: Katharina Varga, Willy-Brandt-Str. 5, 38226 Salzgitter

www.endlager-asse.de

Verlag: DUMMY Verlag GmbH Gestaltung: scrollan

Druck: Bechtle Druck&Service GmbH & Co. KG

Die Asse Einblicke sind auf 100 % Altpapier gedruckt und klimaneutral.

Die durch die Herstellung verursachten Treibhausgasemissionen wurden durch Investitionen in ein WWF Gold Standard Klimaschutzprojekt kompensiert.

Print  kompensiert